

24/1999

## Arbeitslosenzahlen legen rot-grüne Fehler gnadenlos offen

An der „Schröder-Uhr“ in der *Wirtschaftswoche* läßt sich Woche für Woche ablesen: Rot-Grün hat bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seit neun Monaten nichts erreicht. Schlimmer noch: Falsche Weichenstellungen hinterlassen immer tiefere Spuren auf dem Arbeitsmarkt.

In den neuen Bundesländern muß sogar mit einer dramatischen Verschlechterung gerechnet werden. Um drei Milliarden Mark will Schröder die Hilfen für den Aufbau Ost, den er zur „Chefsache“ erklärt hat, im Bundeshaushalt des nächsten Jahres abbauen.

„Wenn es uns nicht gelingt, in vier Jahren die Arbeitslosigkeit deutlich zurückzufahren, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden.“ hatte Schröder vor der Bundestagswahl erklärt. Die neuesten Umfragen zeigen: Der Bundeskanzler wird beim Wort genommen. Nach dimap ist die SPD mit 33 Prozent Zustimmung bundesweit auf einen neuen Tiefpunkt gesunken.

### Fünf Wahlen stehen unmittelbar bevor

- Bei den Landtagswahlen in Brandenburg und im Saarland schon am 5. September,
- bei den Landtagswahlen in Thüringen und den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen eine Woche später, am 12. September, und

Fortsetzung auf Seite 2

### HEUTE AKTUELL

#### ● Rentenkampagne

Telefon-Hotline: Zahlreiche Anrufer schon am ersten Tag. Seite 3

#### ● Arbeitsmarkt

Rot-grüne Politik ist beschäftigungsfeindlich. Seite 7

#### ● PDS

Günther Nooke: Gregor Gysi auf Dummenfang. Zu den Thesen des PDS-Fraktionsvorsitzenden über einen „modernen“ Sozialismus. Seite 11

#### ● Saarland

Mehr Existenzgründungen bringen mehr Arbeitsplätze. Seite 14

#### ● UiD Extra

Das sogenannte Schröder-Blair-Papier. Anspruch und Wirklichkeit. Von Dietrich Austermann. Innenteil

#### ● Dokumentation

Umbruch der Kulturlandschaft: Neue Aufgaben für die Politik. Rede des Parteivorsitzenden Wolfgang Schäuble auf dem Zukunftsforum Kulturpolitik der CDU am 2. Juli in Weimar. Innenteil

Fortsetzung von Seite 1

● bei der Landtagwahl in Sachsen wieder eine Woche danach, am 19. September, wird sich herausstellen, was die Wählerinnen und Wähler von der rot-grünen Bundesregierung in Berlin noch erwarten. Die neuesten Arbeitsmarktzahlen leisten ihr jedenfalls keine Schützenhilfe.

Auf über vier Millionen ist die Zahl der Arbeitslosen im Juli wieder angestiegen, obwohl sie – allein demographisch bedingt – um 200.000 gegenüber dem Vorjahr hätten sinken müssen, und liegt damit um etwa 100.000 über dem Stand vom November 1998.

### Die Ursachen und die Folgen

- Unvernünftige Steuerpolitik,
- neue Belastungen des Mittelstands
- verfehlte Haushaltspolitik und
- Fehlentscheidungen bei den 630-Mark-Jobs

sind die Ursache dafür. „Die Arbeitslosenstatistik“ – schreibt die *Rheinische Post* – „legt solche Fehler gnadenlos offen.“

## Rentenpolitik

### IST VERTRAUENSACHE

**auch FÜR DIE RENTE GILT:  
REFORMEN  
MUSS MAN RICHTIG MACHEN**

## Aktionstips zur Rentenaktion



Diesen Leitfaden erhalten Sie, solange der Vorrat reicht in der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter der Fax-Nummer 02 28/5 44-4 82.

## US-Investoren haben 5.000 Arbeitsplätze in Thüringen geschaffen

Thüringen zählt zu den beliebtesten Investitions-Standorten amerikanischer Unternehmen in den neuen Bundesländern. „25 US-Firmen haben bisher Betriebe im Freistaat eröffnet“, teilte eine Sprecherin der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) in Erfurt mit. Die amerikanischen Unternehmen haben bisher allein rund 1,8 Milliarden DM in die Errichtung neuer Werke investiert und etwa 5.000 Arbeitsplätze geschaffen. Damit sei Thüringen gemeinsam mit Sachsen der beliebtesten Standort für US-Investoren, betonte eine Sprecherin des amerikanischen Generalkonsulats in Leipzig.



## Zahlreiche Anrufer schon am ersten Tag

Seit dem 2. August hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihre Telefon-Hotline zum Thema Rentenreform geschaltet. Über 500 Bürgerinnen und Bürger haben bereits am ersten Tag von diesem Informationsangebot Gebrauch gemacht.

Zwei Monate lang können jetzt von Montag bis Freitag von 9.00 bis 19.00 Uhr unter der **Telefonnummer (01805) 61 61 61** über dieses Bürger-telefon Fragen zur Rentenpolitik gestellt und die Argumente der CDU für eine verlässliche Rente und gegen die willkürliche Rentenregelung der rot-grünen Bundesregierung diskutiert werden.

Im Verlauf der Aktion werden Spitzenpolitiker und Rentenexperten der CDU als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Die genauen Termine werden noch im Internet bekannt gegeben.

Bundesgeschäftsführer **Willi Hausmann**: „Meine herzliche Bitte: Helfen Sie mit, daß auch diese Kampagne ein großer Erfolg wird. Nutzen Sie alle Möglichkeiten, das Bürgertelefon bekannt zu machen. Informieren Sie die Bürgerinnen und Bürger durch Flugblätter, Hinweise in Lokalzeitungen, Anzeigenblättern und lokalen Rundfunksendern sowie durch weiteres Verteilen des Briefes unseres Parteivorsitzenden.“ ■

## Norbert Blüm: Rentenmurks: So nicht!

**Mir klingeln schon die Ohren: Kaum ein Tag vergeht, ohne daß Politiker der Bundesregierung die Union auffordern, über die Rentenreform meines Nachfolgers Walter Riester zu verhandeln. Ich sage euch: So, liebe Freunde, nicht!**

Schröder und die SPD wollen zwei Jahre lang die Renten nicht entsprechend der Regel wie die Löhne erhöhen, sondern nur einen Inflationsausgleich zahlen. Das ist staatliche Willkür und Diebstahl an den Rentnern. Bevor das nicht zurückgenommen wird, denken wir überhaupt nicht an Gespräche über einen Rentenkonsens. Die CDU spielt doch nicht die Hehler für die Stehler!

Auch die Grundrente gehört in den Reißwolf: Es kann doch nicht sein, daß jemand, der 20 Jahre lang Beiträge gezahlt hat, genauso viel bekommt

wie einer, der nur zehn Jahre Beiträge gezahlt hat und dann aus Steuermitteln noch einen dicken Zuschuß erhält. Das ist das Ende der beitragsbezogenen Rente – und wahrscheinlich verfassungswidrig. Kommt die Grundrente, müssen die Rentner auch alle Vermögens- und Einkommensverhältnisse offen legen. Da wird doch alles auf den Kopf gestellt: Die Rente ist ein erarbeiteter Anspruch und kein staatliches Almosen. Es geht die Rentenversicherung einen Dreck an, was Rentner besitzen. Die Rentenversicherung ist keine Schnüffleranstalt.

Damit das klar ist: Nur wenn die Regierung diesen Rentenmurks zurückzieht, gibt es die Chance für eine Einigung aller Parteien wie früher.

**Gast-Kommentar in  
„Bild am Sonntag“**



Wolfgang Schäuble:

## Horizonte erweitern und Verstehen erleichtern

### Zum Umzug des Bundestags nach Berlin

**Wenn in diesen Tagen die Abgeordneten und Mitarbeiter des Deutschen Bundestages in Bonn ihre Büros in Kisten ein- und in Berlin wieder auspacken, dann ist das ein naheliegender Anlaß, innezuhalten und das Woher und Wohin unseres Staates und der für ihn verantwortlich handelnden Männer und Frauen in den Blick zu nehmen.**

Jeder, der selbst schon einmal umgezogen ist und seinen kompletten Hausstand in eine neue und ungewohnte Umgebung verlegt hat, kennt den Zauber, der trotz aller Unbequemlichkeiten des Ein- und Auspackens jedem neuem Anfang innewohnt. Wenn dem nicht so wäre und wenn man sich vom Ortswechsel nicht mehr Chancen als Risiken versprechen würde, hätte man es ja gleich bleiben lassen können. Deshalb ist es durchaus angebracht, sich zu vergewissern, was sich ändern und was besser so bleiben soll, wie es ist.

Kontinuität wollen wir wahren in den besten und unverzichtbaren Grundsätzen unserer Politik, wie sie Tradition und Konsens in den vergangenen 50 Jahren waren und in den kommenden Jahrzehnten durchaus bleiben sollten. Wir bauen also auch in Berlin auf den alten und bewährten Fundamenten auf und nehmen deshalb in den wesentlichen Fragen keinen Richtungswechsel vor. Verlässlichkeit und Solidarität sowohl nach innen, zwischen Starken und Schwachen, zwischen neuen und alten Bundesländern, zwischen Gesell-

schaft und Staat, als auch nach außen, zu unseren europäischen Freunden und zu den Partnern im Bündnis werden auch von Berlin aus Kennzeichen deutscher Politik bleiben. Auch hier gilt im Großen wie im Kleinen, im Politischen wie im Privaten: Wer umzieht, entledigt sich nicht deshalb seines wertvollsten Inventars.

Selbstverständlich wird und soll sich aber auch einiges ändern im politischen Betrieb. In Berlin kommt die Politik in eine völlig neue Umgebung. Der Gegensatz zwischen der doch recht geschützten Atmosphäre des Bonner Regierungsviertels auf den Feldern zwischen Bonn und Bad Godesberg einerseits und der von gewaltigen Aufbrüchen geprägten Metropole andererseits könnte größer kaum sein. Ich verspreche mir davon vor allem eine und natürlichere Einbeziehung des politischen in das großstädtische Leben.

Die Standorte von Parlament und Ministerien sind so in die Mitte Berlins eingebettet, daß sie und die dort arbeitenden Menschen sich dem Leben der Metropole gar nicht entziehen können. Sie müssen sich vielmehr den um sie herum sich vollziehenden Veränderungen aussetzen und auch ein Stück weit anpassen. Dies kann der Politik im Sinne der Bewährung an der Wirklichkeit und der Tauglichkeit für die Praxis nur nutzen. Der Austausch zwischen Politik einerseits und Kultur, Medien, Wissenschaft und den vielen anderen Aspekten großstädtischer Gesellschaft andererseits



## Der richtige Mann auf dem richtigen Platz

*Hans-Gert Pöttering übernimmt als Fraktionschef der Europäischen Volkspartei ein Amt, das nie zuvor eine solche Machtfülle besaß. Er wird damit zu einer der zentralen Figuren im Straßburger Parlament. Seit den Amsterdamer Beschlüssen sind die Kompetenzen der Abgeordneten wesentlich erweitert worden, so daß sie direkt Einfluß auf weite Teile der Politik in den Mitgliedsstaaten nehmen können. Außerdem bildet die EVP jetzt die größte Fraktion, die – wenn sie geschlossen agiert – ein entscheidender Faktor im Spiel der Kräfte sein kann.*

*Die Stärke dieser Gruppierung bedeutet zugleich für Pöttering die schwerste Herausforderung. Denn die EVP ist weit entfernt von der Stromlinienform der Parteien im Deutschen Bundestag, die trotz aller internen Differenzen am Ende fast immer auf einen gemeinsamen Nenner kommen.*

*Dies ist in Straßburg – man denke nur an die Gegensätze zwischen britischen, italienischen oder spanischen Abgeordneten – völlig anders. Schon bei der Abstimmung über die Kommission, für die von der CDU/CSU weiterhin ein Posten beansprucht wird, werden sich vermutlich die unterschiedlichen Interessenlagen zeigen.*

*Pöttering liegt deshalb nichts ferner – es würde auch nicht seinem Naturell entsprechen – als die Rolle eines Zuchtmeisters. Er wird integrieren und harmonisieren müssen, trotz allem gebotenen Führungswillen mehr als Moderator fungieren. Darin liegt letztlich auch seine besondere Stärke, deshalb hat die Fraktion mit dem 54jährigen exakt den richtigen Mann auf den richtigen Platz gewählt.*

**Neue Osnabrücker Zeitung**

wird allen Seiten zum Vorteil gereichen, Horizonte erweitern und gegenseitiges Verstehen erleichtern. Die Qualität der Politik wie auch ihre Akzeptanz bei den Bürgern werden sich verbessern.

Unproblematisch wird, so scheint mir, der eigentliche Umzugsvorgang, also seine technische und logistische Dimension sein. Ungeachtet aller Unbequemlichkeiten, Holprigkeiten und Anlaufschwierigkeiten, die es eben mit sich bringt, wenn man an dem einen Ort alles ein- und an dem anderen wieder alles auspacken muß, bin ich mir sicher, daß wir alle, Parlament und Verwaltung, Abgeordnete und Mitarbeiter, sehr schnell in Berlin einsatzbereit

und in unserer politischen Arbeit handlungsfähig sein werden. Die Berliner genauso wie die Bonner Verantwortlichen für den Umzug haben jedenfalls in großen Kraftanstrengungen alles in ihren Möglichkeiten Stehende dafür getan, daß der Wechsel vom Rhein an die Spree ohne große Unregelmäßigkeiten und nicht zuletzt für alle vom Umzug betroffenen Menschen annehmbar verläuft. Deswegen nutze ich gerne die Gelegenheit, all denen herzlich zu danken, die mit weit über Normalmaß hinausgehendem Einsatz und Engagement mitgeholfen haben und noch mithelfen werden, daß der Umzug des Deutschen Bundestages von Bonn nach Berlin ein voller Erfolg wird. ■



## Umfragen: SPD sackt auf Tiefpunkt

**Immer neue Wähler-Befragungen mit extrem schlechten Ergebnissen im Bund und speziell im Ruhrgebiet machen die SPD nervös.**

Bundesweit ist die SPD nach einer dimap-Umfrage mit 33 Prozent auf einen neuen Tiefpunkt gesunken. Die CDU erreichte mit 46 Prozent einen neuen Höchstwert.

Alarmstimmung löste bei der SPD in Dortmund eine neue Umfrage aus. Danach droht der Partei in der „heimlichen Hauptstadt“ der Sozialdemokra-

tie nach 53jähriger Allein-Herrschaft der Machtverlust. Die örtliche Parteispitze kam zu einer Krisensitzung zusammen, bei der der Spitzenkandidat sogar mit Rücktritt drohte.

Nach der Umfrage kann die SPD bei den Kommunalwahlen in Dortmund am 12. September nur noch mit 41,5 Prozent rechnen. Bei den letzten Kommunalwahlen 1994 hatte die SPD noch 51,4 Prozent geholt, bei der Bundestagswahl vor gut acht Monaten sogar 59,1 Prozent.

## Stimmungen und Stimmen

*Drei Wochen vor den Landtagswahlen im Saarland und in Brandenburg herrscht bei der CDU Hochstimmung. Falls sich ihre Erwartungen erfüllen, wird sie eine Woche später bei der Landtagswahl in Thüringen und eine weitere Woche später bei der Landtagswahl in Sachsen wieder Grund zum Feiern haben. Die Vorfreude wird geschürt durch Umfrage-Ergebnisse. Soeben hat eine vom Mitteldeutschen Rundfunk in Auftrag gegebene Wahlumfrage in Thüringen 44 Prozent für die CDU, aber nur 26 Prozent für die SPD ermittelt. Wäre das eine Prognose, läge die CDU in Thüringen 18 Prozentpunkte vor ihrem dortigen Koalitionspartner. Aber Umfragen geben nur flüchtige Stimmungen wieder. Feste Stimmen werden erst am jeweiligen Wahltag vergeben. Dabei wird nicht nur die Politik der Landesregierungen gewogen: vielmehr wird die Stimmung im Bund auf die Ergebnisse in den Ländern abfärben. Dabei dürfte die Bewertung der Berliner Sparpolitik den Ausschlag geben: Allgemein stimmt die Bevölkerung der Bundesregierung zu, daß gespart werden müsse: aber wenn es ans eigene Portemonnaie geht,*

*regt sich Protest. Noch ist nicht abzuschätzen, wie viele Wähler bei ihrer Wahlentscheidung über persönliche Interessen hinwegsehen werden.*

**Frankfurter Allgemeine**

## Politik zum Abgewöhnen

*Die SPD hat in diesem Sommer wirklich den Tiefpunkt erreicht: den Tiefpunkt ihres Ansehens bei den Wählern (nur noch 33 Prozent würden ihr die Stimme geben) und den Tiefpunkt ihrer innerparteilichen Diskussion. Ein wirrer Streit jeder gegen jeden, eine unendliche Flut von sich widersprechenden Äußerungen überschwemmt die Republik. Politik zum Abgewöhnen!*

*Im Vergleich zur SPD ist ein Hühnerhaufen eine geschlossene Formation. Warum soll jemand eine Partei wählen, die vom FDP-Steuermodell, das Fraktionschef Struck wieder belebte, bis zum Steinzeitsozialismus des saarländischen Ministerpräsidenten Klimmt fast alles im Programm hat – nur keine klare Linie. Kein Wunder, daß in Thüringen nur noch 26 Prozent und in Berlin nur 21 Prozent SPD wählen wollen.*

**Bild am Sonntag**



# Rot-grüne Politik ist beschäftigungsfeindlich

**Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann:**

Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 4 Millionen im Juli 1999 zeigt in aller Deutlichkeit die verfehlte Wirtschafts- und Haushaltspolitik der rot-grünen Koalition. Demographisch bedingt müßte die Arbeitslosigkeit um 200 000 Arbeitslose gegenüber dem Vorjahr sinken. Satt dessen hinterlassen die falschen rot-grünen Weichenstellungen mehr und mehr deutliche Spuren am Arbeitsmarkt. Wer durch die unvernünftige Steuerpolitik das Wachstum drosselt, wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen – z.B. Scheinselbständigkeit, 630 DM-Jobs, Belastungen des Mittelstands – zu verantworten hat und eine verfehlte Haushaltspolitik betreibt, der darf sich nicht wundern, daß als Konsequenz derartig falscher Politik die Arbeitslosigkeit steigt.

Im Bundeshaushalt 1999 hat Rot-Grün die Gesamtausgaben über 6 v.H. oder fast 30 Mrd. DM ausgeweitet, vornehmlich im Konsumbereich. Die Investitionsquote ist gesunken. Durch verzögertes Haushaltsverfahren sind die Investitionen des Bundes weitgehend zum Erliegen gekommen.

Mit dem sogenannten Zukunftsprogramm werden angeblich 30. Mrd DM gespart, das bei näherem Hinsehen durch Lastenverschiebungen auf Länder, Gemeinden und Sozialkassen, durch Luftbuchungen und Tricksereien gekennzeichnet ist. Mit diesem Programm wird nichts für die Stärkung des Wachstums und damit mehr Beschäftigung getan. Die Investitionsquote des Bundes sinkt weiter auf 12 v.H. in

diesem und im nächsten Jahr, und bis zum Jahr 2003 geht sie auf den Negativrekord von nur noch 10,6 v.H. zurück.

Eine solche Haushaltspolitik ist eine zukunftsfeindliche Politik gegen Wachstumsstärkung und mehr Arbeitsplätze.

Der richtige Weg zur Wachstumsstärkung und zur Senkung der Arbeitslosigkeit liegt in einer deutlichen steuerlichen Nettoentlastung für Familien und Unternehmen ab dem kommenden Jahr. Die Unternehmen werden seit Jahresbeginn steuerlich stärker belastet. Diese Politik wird fortgesetzt, bis 2003 steigt die Steuerbelastung weiter, weniger Arbeitsplätze werden geschaffen. Dies ist das eigentliche Problem der „Gerechtigkeitslücke“, die Ministerpräsident Klimmt beklagt. Sozial ist, was Arbeit schafft, unsozial ist, was Arbeit behindert. Nur mit beherzten Reformen im sozialen Bereich, im steuerlichen Bereich und am Arbeitsmarkt werden die volkswirtschaftlichen Ressourcen besser ausgeschöpft. Hierzu gehört auch eine Haushaltspolitik des Sparens und Investierens.

## Arbeitslosigkeit im Osten wird weiter steigen

**Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Michael Luther:**

Die Arbeitslosigkeit steigt wieder an, erneut ist Ostdeutschland besonders betroffen. Wenn die Bundesregierung jetzt nicht endlich durch geeignete Maßnahmen gegensteuert und das Investitionsklima ent-



scheidend verbessert, rechne ich mit einem weiteren, drastischen Ansteigen. Denn die gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche schlägt sich vor allem auf den Osten nieder; das Geschäftsklima dort ist nach Angabe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im Stimmungstal. Die Wachstumsschere zwischen West und Ost und damit auch die Arbeitslosenschere wird größer.

Ich kann deshalb keinerlei Entspannung am Arbeitsmarkt Ost erkennen. Im Jahresverlauf dürfte sich die Zahl der Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt um mindestens 50.000 verringern. Im Jahr 2000 ist eine Stabilisierung am ersten Arbeitsmarkt nur möglich, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion tatsächlich kräftig ansteigt, gleichzeitig aber die schwierige Lage am ostdeutschen Bau nicht noch durch Sparmaßnahmen der Bundesregierung zusätzlich verschärft wird. Ich fordere insofern den Bundesverkehrsminister auf, die Infrastrukturinvestitionen in den neuen Bundesländern und insbesondere die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit wie versprochen umzusetzen.

## Kommentare

### Katastrophales Ergebnis

Ein bekanntes Wirtschaftsmagazin hatte nach dem Regierungswechsel einen brillanten publizistischen Einfall. Nach seinem Wahlsieg hatte Gerhard Schröder versprochen, er wolle sich in den vier Jahren an der „deutlichen Senkung“ der Arbeitslosigkeit messen lassen – also erfand das Magazin die sogenannte „Schröder-Uhr“. Auf ihr läßt sich Monat für Monat nach der Bekanntgabe der amtlichen Arbeitslosenzahlen ablesen, wie erfolgreich der Bundeskanzler bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bislang gewesen ist. Schröders Zwischenbilanz in den Wintermonaten war danach verheerend. Statt abzunehmen stieg die Arbeitslosenzahl stark. Auch für

den Juli zeigt die Uhr wieder ein katastrophales Ergebnis: Die Erwerbslosenzahl liegt um etwa 100.000 über dem Stand vom November 1998.

Nach einem Dreivierteljahr Rot-Grün hat sich an der Arbeitsmarktmisere so gut wie nichts geändert.  
**Berliner Zeitung**

\*\*\*

### Gnadenlose Bilanz

„Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosigkeit deutlich zurückzufahren in vier Jahren, haben wir es nicht verdient, wieder gewählt zu werden.“ So tönte Gerhard Schröder vor der Bundestagswahl. Mit dem Versprechen, die Arbeitslosigkeit deutlich zu senken, wurde er Bundeskanzler. Da muß es der SPD besonders übel aufstoßen, daß nun die Arbeitslosenzahl wieder die Vier-Millionen-Grenze überschritten hat. In zwei Monaten, genau ein Jahr nach der Wahl, muß Schröder sich dem Vergleich stellen. Helmut Kohls letzte Bilanz im September 1998 verzeichnete 3,965 Millionen Arbeitslose, 342.000 weniger als im Vorjahr. Schon jetzt scheint leider festzustehen, daß diese positive Dynamik sich 1999 nicht fortsetzt.

„Ohne Investitionen gibt es keine neuen Arbeitsplätze“, schrieb Schröder unlängst an alle SPD-Mitglieder. Doch seine Regierungstaten passen nicht zu diesen Worten, nicht einmal die Pläne zur Unternehmenssteuerreform. Der ideologische Neidkomplex, der in böse und gute Gewinne unterteilt, ist leider keineswegs mit Oskar Lafontaine politisch ausgestorben. Auch Schröder vertritt diese These, die nur im Unternehmen belassene Erträge begünstigen, entnommene Gewinne hingegen hoch besteuern will. Das klingt gut, verhindert aber Investitionen in neue Projekte. Die Arbeitslosenstatistik legt solche Fehler gnadenlos offen.  
**Rheinische Post**



# 630-Mark-Jobs: Neuregelung bedroht zahlreiche Vereine mit Konkurs

**Die Vorsitzende des Bundesfachausschusses Sport, Steffie Schnoor MdL, erklärte zum Ergebnis der Expertenanhörung des Fachausschusses Mitte Juli in Berlin:**

Um zu klären, welche Auswirkungen die von der rot-grünen Bundesregierung im Schnellverfahren durchgedrückten Neuregelungen zu den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen und zur sogenannten Scheinselbständigkeit auf den Breitensport haben, hat der Bundesfachausschuß Sport der CDU am 14. Juli eine öffentliche Expertenanhörung durchgeführt.

Als fachkundige Experten hatten sich zur Verfügung gestellt: Hans Hansen (Präsident des Landessportbundes Schleswig-Holstein und Ehrenpräsident des Deutschen Sportbundes), die stellvertretenden Vorsitzenden des Freiburger Kreises, Sönke P. Hansen und Horst Lienig, Norbert Skowronek (Direktor des Landessportbundes Berlin), Dr. Holger Niese (Justitiar des Deutschen Sportbundes) und Dr. Klaus Henk (Präsident des SCC Berlin). An der Anhörung beteiligten sich außerdem fachkundige Vertreter von Landessportbünden und Sportfachverbänden sowie von Landesfachausschüssen Sport der CDU.

Im Ergebnis dieser Anhörung kommt der Bundesfachausschuß Sport zu folgendem Schluß:

Die Neuregelungen zu den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen und zur sogenannten Scheinselbständigkeit belasten besonders den mit wenig finanziellen Mitteln arbeitenden und auf einer breiten Basis ehrenamtlichen Engagements ruhenden Breitensport auf unerträgliche Weise. Sowohl der steigende Verwaltungsaufwand als auch die explodierenden Kosten bedrohen zahlreiche Vereine mit dem Konkurs. Die entstehenden hohen Mehrkosten auf die Mitglieder umzulegen, würde einen Erdbeben an Vereinsaustritten hervorrufen. Die Opfer der gesetzlichen Neuregelung sind somit besonders die sozial schwachen Bevölkerungsschichten.

Hinzukommt, daß die größtenteils ehrenamtlich arbeitenden Vereinsvorstände für die korrekte Umsetzung der Neuregelungen persönlich haften, was sowohl verunsichert als auch demotivierend wirkt. Schließlich leidet auch die Motivation der vielen Übungsleiter, die selbst durch eine geringfügige Aufwandsentschädigung, die ihnen die Vereine gewähren, unter die gesetzlichen Neuregelungen fallen.

Deshalb müssen die undurchdachten und in ihrer Wirkung erwiesenermaßen schädlichen Neuregelungen zu den 630-DM-Beschäftigungsverhältnissen und zur sogenannten Scheinselbständigkeit umgehend rückgängig gemacht werden.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)



## Vermögensteuer finanzpolitisch unsinnig

**Zu der Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensteuer erklärte der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rau:**

Unter finanzpolitischen Erwägungen macht diese Diskussion keinerlei Sinn. Von den angeblich 9 Mrd. DM Mehreinnahmen durch die Vermögensteuer entfallen 6 Mrd. DM dadurch, daß die Wirtschaft hiervon ausgenommen werden soll. Die verbleibenden 3 Mrd. DM werden bereits durch die Kosten aufgefressen, die zu der Erhebung dieser Steuer notwendig sind. So müßten beispielsweise Millionen von Grundstücken neu bewertet werden.

Hinzu kommt, daß die derzeitige Nichterhebung der Vermögensteuer durch

den Anstieg der Grunderwerbsteuer von 2 auf 3,5% und Mehrbelastungen bei der Erbschaftsteuer von 3,5 Mrd. DM kompensiert wurde. Eine zusätzliche Vermögensteuer würde somit eine echte Steuererhöhung bedeuten. Die SPD würde hierdurch ihrem Ruf als Steuererhöhungspartei ein weiteres mal gerecht.

Die Neidhampelpolitik der SPD erreicht mit dieser Forderung einen weiteren Höhepunkt. Denn das einzige was durch diese Diskussion erreicht wird, ist das Schüren von Neid. Nicht nur Multimillionäre, sondern insbesondere Besitzer mittlerer Vermögen werden hierdurch zu kapitalistischen Bonzen abgestempelt.

## Immer mehr Ehrenamtliche übernehmen kommunale Aufgaben

**Die Kommunen in Deutschland treten wegen knapper Finanzen immer mehr Aufgaben an Bürgervereine und Ehrenamtliche ab. „Das Engagement der Menschen ist heute für alle deutschen Städte wichtig“, sagte der Bochumer Politologe Uwe Andersen bei der Vorstellung einer gemeinsamen Studie der Universitäten Bochum, Dortmund, Duisburg und Essen zum Ehrenamt.**

In vielen Rathäusern werde jedoch zu wenig für die Förderung privaten Engagements getan, meinte Andersen. Oft würden Bäder, Bürgerhäuser und Heimatmuseen aus Geldmangel ge-

schlossen, ohne auf die vorhandene Bereitschaft ehrenamtlicher Mitarbeitern zu setzen.

In Zeiten leerer Kassen sollten in den Rathäusern Koordinatoren für die Betreuung ehrenamtlicher Vereine sorgen, forderte der Politologe. Schon heute würden viele soziale und kulturelle Einrichtungen nur durch das Engagement der Bürger am Leben erhalten. Ehrenamtliche Betreuung von Senioren oder Bürgerprojekte für Arbeitslose hätten auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Oft sei der Bedarf so groß, daß Mitarbeiter fest angestellt würden.



# Gregor Gysi auf Dummenfang

**Zu den von PDS-Fraktionschef Gysi vorgelegten Thesen über einen „modernen“ Sozialismus erklärte der stellvertretende Leiter des Arbeitskreises für die Angelegenheiten der neuen Länder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günther Nooke:**

Der Fraktionschef der PDS, Gregor Gysi, hat „zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus“ vorgelegt, und als ich diese Thesen las, hatte ich den Eindruck, sie sollten kurz kommentiert werden.

Wir ostdeutschen CDU-Abgeordneten sind der Meinung, daß unser Hauptgegner die SPD und nicht die PDS sein muß. Doch bei den derzeitigen Richtungskämpfen innerhalb der SPD bin ich skeptisch, ob die SPD die inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS jetzt überhaupt aufnimmt oder aufnehmen kann. Wir befürchten eher, das sei nicht gewünscht, was ja indirekt Gysi Recht gäbe. Dem wollen wir widersprechen. Gregor Gysi aber sollte das Feld nicht allein überlassen werden.

Was wir zur Zeit beobachten, sind Verteilungskämpfe im linken Lager von SPD und PDS im doppelten Sinne.

Gysi greift mit seinen Thesen ein, nicht um Modernität und Sozialismus zu verbinden, sondern um die Verlierer der Geschichte einzusammeln; nach Stalinisten und DDR-Nostalgikern ist er nun bei dem von Kanzler Schröder enttäuschten linken SPD-Klientel angekommen.

Ein häufiger Fehler, der m. E. immer gemacht wird, wenn die PDS sich geschickt in Szene setzt, ist, solche PR-Aktionen nur auf die interne Veränderung der PDS selbst hin zu kommentieren. Achtungsvoll erkennt der Spiegel an: „Es – das Papier –

steckt voller Zumutungen für die Genossen.“ Einer Partei mit einem unklaren Verhältnis zur Demokratie – davon kein Wort in den Thesen – sollte aber nicht auf ihre relative Lernfähigkeit, sondern auf ihren grundsätzlichen Nutzen für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte hin geprüft werden.

## **Deshalb ein paar Anmerkungen, die mir beim Lesen dieser Thesen kamen:**

Mir geht es um die inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS. Stimmt das, was Gysi sagt? Meine grundsätzliche Antwort lautet: Nein. Vieles klingt schön, besonders in ostdeutschen Ohren, aber es funktioniert nicht. Da, wo man geneigt ist zuzustimmen und wo das sogar von Seiten der CDU gerechtfertigt erscheint, läßt es Gysi in seinen Thesen vollständig im Unklaren, wie das umgesetzt werden soll. Ich halte die Thesen für peinlich unkonkret und in vielfacher Sicht für verlogen.

Dabei merke ich ausdrücklich an: Die soziale Frage bleibt ganz oben auf der Tagesordnung auch der CDU/CSU-Fraktion. Wir halten es aber für gefährlich, sozialistische Antworten aufzuwärmen.

Dabei gebe ich auch zu, daß nicht an allen Stellen des Papiers erkennbar ist, was das noch mit Sozialismus zu tun hat, aber das müssen die Genossen unter sich klären.

## **Kurze Anmerkungen zu den Thesen 1 bis 12:**

**1.** Der Sozialismus ist keine Vision für das 21. Jahrhundert, sondern bezeichnet als Stufe zum Weltkommunismus und als Nationalsozialismus zwei totalitäre Systeme.



me des ausgehenden 20. Jahrhunderts mit schlimmsten staatlich organisierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wer Sozialismus mit Modernität verbinden will, muß sagen, wie er's mit der Demokratie hält. (PDS-Programm: Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen überwinden, ohne zu sagen, wo es hingehen soll.)

**2.** Aus der Geschichte kann man immer lernen, keineswegs nur aus der sozialdemokratischen oder gewerkschaftlichen; nach meiner Überzeugung sogar aus dieser wesentlich weniger Positives. Nullthese zur Anbiederung an die SPD.

**3.** Politik als Schadensbegrenzung wird abgelehnt, aber wie eine grundlegend andere Gestaltung, eine „Epoche“ sozialistischer Politik aussehen soll, bleibt absolut unklar.

**4.** Chancen für alle heißt nicht gleiche Chancen für alle, sondern dem jeweiligen Leistungsvermögen angemessene Chancen. Ein neuer Gesellschaftsvertrag darf keiner der Gleichmacherei im alten sozialistischen Sinn sein.

**5.** Unterstützung der Wirtschaft ist auch für Politiker nichts Ehrenrühiges. Wenn Gysi die Vergesellschaftung der Produktionsmittel will, wie beim Thema soziale Verhältnisse die zentrale Forderung der Marxisten und Sozialisten lautet, soll er es sagen. Unweigerlich entsteht die Frage: Sind Gysis „Gegenmächte“ die modernen Träger des Klassenkampfes?

**6.** Ökologischer Umbau, Modernisierung der Arbeitsgesellschaft und neue Lebensweise sind altbekannte Schlagworte – nicht mehr. Wer wirtschaftliche Voraussetzungen für freie und nachhaltige Entwicklung schaffen will, muß anerkennen, daß Unternehmen sich heute dem internationalen Wettbewerb stellen müssen und nicht dafür da sind, politische Gesellschaftsutopien zu verwirklichen.

**7.** Gysi spricht von der Spaltung der Gesellschaft durch einen neuen Niedriglohnsektor. Mehr aber spaltet die Gesellschaft doch wohl Arbeitslosigkeit. Richtig ist sicher, daß dagegen nicht ein einziges Mittel hilft, sondern eine Vielzahl von Instrumenten eingesetzt werden muß.

**8.** Teilhabe ist für Gysi ideelles Lebensglück. Das haben die SED-Sozialisten auch versprochen, nur die Menschen in der DDR wollten 1989 die West-Mark und mehr Wohlstand. Politik darf nie wieder formulieren wollen, was Menschen glücklich machen soll. Hier ist Gysi noch ganz in der Formulierung der Hauptaufgabe des VIII. SED-Parteitages gefangen: der Erhöhung des kulturellen Lebensniveaus, wie damals hieß.

**9.** Nachdem Gysi die Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht klar ansprach, faselt er hier von „neuer Entwicklungsweise“, statt sozialismuskonform Produktionsweise zu sagen. Statt verschärfter wirtschaftlicher Regulation brauchen wir eine drastische Deregulierung.

**10.** Die Einheitskasse unter demokratischer Selbstverwaltung in These 10 ist nichts weiter als die Vergesellschaftung der Sozialkassen und die Enteignung der Betragzahler. Am Ende kriegen wieder alle gleich wenig, nur daß es diesmal keine Oma gibt, die die Medikamente aus dem Westen holt und über die Grenze schmuggelt.

**11.** Richtig! Einfach, durchschaubar und gerecht soll das Steuersystem sein. Alles was Gysi dann für das entsprechende Klientel aufführt, ist schlichtweg nicht umsetzbar oder würde zu noch weit mehr Bürokratie und Kompliziertheit führen.

**12.** Im Klartext: Da die Weltwirtschaftsordnung nicht gerecht ist, ist Frieden nicht möglich. Menschenrechte für alle, die sie



einhalten wollen. Keine Gewalt außer bei der UNO mit russischem Veto-Recht. Die sozialen Menschenrechte rangieren wieder vor den politischen – die alte Helsinki-Diskussion über die verschiedenen Körbe läßt grüßen.

## Heuchelei im Sommerloch

Das alles ist entweder unerträglich viel Stuß und sollte ohne Debatte und großes Aufheben wieder vergessen werden.

Oder – und das halte ich für sehr wichtig – es ist lediglich in modernerer Sprache der alte Sozialismus. Und da sind die Lehren aus diesem Jahrhundert eindeutig: Keine neue Heilslehre, für deren Durchsetzung später wieder alle Mittel recht sind.

Bis auf die These 12 denkt Gysi im nationalen Rahmen. Hätte er ein solches Programm, eine solche Vision und wollte er sie umsetzen, wäre das der nationale sozialistische deutsche Sonderweg par excellence!

Es ist gut, daß ein nationales sozialistisches Deutschland angesichts internationaler Herausforderungen, angesichts globalen Wettbewerbs nicht mehr möglich ist und

übrigens auch keine Mehrheit in der Bevölkerung findet. Aber ich glaube, man muß die sprachliche und inhaltliche Nähe zu unserer deutschen Geschichte in diesem Jahrhundert deutlich machen, um die Gefahren zu erkennen, die uns mit solchen, allgemein ja als intelligent eingeschätzten PDS-Politikern wie Gregor Gysi drohen, wenn sie wirklich auf Bundesebene umsetzen könnten, was sie vorgeben.

Wenn sie das aber gar nicht vorhaben bzw. damit an den Realitäten in unserem Land, auch und gerade in Ostdeutschland scheitern, dann ist das pure Heuchelei im Sommerloch. Gysi geht auf Dummenfang, es ist eine Lüge der Linken mehr im Sommerloch. Denn was z. Z. die SPD in der Regierungsverantwortung umsetzen will, ist die Politik, mit deren Kritik sie die letzten Wahlen gewonnen hat.

Gerade die Ostdeutschen sollten hellhörig sein, wenn ihnen dieselben Nomenklaturkader der alten SED-Diktatur heute Konzepte verkaufen, die weder modern sind noch funktionieren. Was nicht funktioniert, hat keine Überlebenschance und ist auch keine Vision fürs 21. Jahrhundert.

## Immer mehr Jobs werden von Unternehmen vermittelt

**Insgesamt 210.000 Menschen sind seit 1994 von privaten Unternehmen vermittelt worden, berichtete der Bundesverband Personalvermittlung in Bonn.**

Im ersten Halbjahr 1999 habe es bereits 30 Prozent mehr Vermittlungen als im Vergleichszeitraum des Vorjahres gegeben. Für das Gesamtjahr erwartet der Verband einen Anstieg um 20 Prozent. Das Alleinvermittlungsrecht der

Bundesanstalt für Arbeit wurde vor fünf Jahren abgeschafft. Der Anspruch an die Vermittler ist nach Ansicht des Verbandes gestiegen. Die Unternehmen suchten Kandidaten mit immer höheren Qualifikationen, der Wettbewerbsdruck um die besten Mitarbeiter sei hoch. Vermehrt würden die Dienstleister vor allem bei der schwierigen Suche nach begehrten Fachleuten der Informationstechnologie oder auch Vertriebsfachkräften eingebunden.



# Mehr Existenzgründungen bringen mehr Arbeitsplätze

**Der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Forschung und Innovation der CDU, Professor Dr. Heribert Offermanns und der Landesvorsitzende der CDU Saar, Peter Müller, erklärten anlässlich eines Besuchs der IDS Scheer AG in Saarbrücken:**

Neu- und Ausgründungen haben in der Informations- und Wissensgesellschaft eine zentrale Bedeutung für Innovation, Wachstum, zukunftsträchtige Arbeitsplätze und Strukturwandel.

Erfindergeist und Unternehmertum sind typisch deutsche Eigenschaften. Sie müssen wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Es gibt keinen Grund, daß Deutschland die Chancen der Zukunft den USA und anderen Ländern überläßt. Unsere jungen Leute sind ungeheuer motiviert. Sie sind bereit, etwas zu leisten, sich zu engagieren, Verantwortung zu übernehmen und dabei auf die eigenen Kräfte zu vertrauen. Mit dieser Generation können wir die Zukunft schaffen.

Die IDS-Scheer AG als Spin-Off-Unternehmung des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität des Saarlandes hat gezeigt, daß es möglich ist, aus deutschen Forschungsergebnissen internationale erfolgreiche Produkte und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Professor Dr. Scheer hat inzwischen rund 20 Unternehmen gegründet und hunderte von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen geschaffen. Er ist eine Symbolfigur für die Machbarkeit des Strukturwandels an der Saar geworden. Die CDU wird im Falle ihres Erfolgs bei der Landtagswahl im Saarland diesen Strukturwandel hin zu mehr Innovationen und Arbeitsplätze auch politisch positiv

flankieren. Dafür wird eine Stabsstelle für Innovationen, Struktur- und Wissenschaftspolitik eingerichtet. Professor Scheer steht beratend zur Verfügung.

## Die CDU will erreichen, daß

- an den deutschen Hochschulen ein Schwerpunkt Selbständigkeit und Existenzgründung zum Regelangebot wird. Unser Ziel ist es, daß die Studenten unternehmerisch Denken lernen. Dies kann durch die Einrichtung von Existenzgründungslehrstühlen ebenso geschehen wie durch Integration entsprechender Elemente, zum Beispiel betriebswirtschaftlicher Vorlesungen und Kurse in geistes-, ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer. An jeder Hochschule sollten regelmäßig – egal ob von der Hochschule, vom Staat, von Studenten oder Unternehmen und Banken ausgerichtet – Existenzgründerwettbewerbe stattfinden.

- Mentoren-Netzwerke aus erfolgreichen Existenzgründern, Wirtschaftsfachleuten und Experten an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen aufgebaut werden. Die Professoren sind in der Pflicht, am Aufbau dieser Netzwerke mitzuwirken.

- in Deutschland ein funktionierender privater Beteiligungskapitalmarkt entsteht. Keine Existenzgründung in Deutschland soll am mangelnden Kapital scheitern. Die frühere CDU-geführte Bundesregierung hat mit dem dritten Finanzmarktförderungsgesetz jungen Unternehmen den Weg an die Börse erleichtert und die Rahmenbedingungen für Beteiligungsgesellschaften verbessert. Diesen Kurs wollen wir konsequent fortsetzen. Wir sprechen uns für den



## Den Zivilschutz erhalten

**Zur angekündigten Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:**

Dem Vernehmen nach will die Bundesregierung das Bundesamt für Zivilschutz (BZS) komplett auflösen. Das 30-Nrd-DM-Sparpaket unter dem schönfärberischen Namen „Zukunftsprogramm 2000“ bedeutet also auch für das BZS und seine Mitarbeiter das Ende der Zukunft.

---

### Weder zu akzeptieren noch zu begründen

---

Bereits im laufenden Haushalt 1999 hat die Bundesregierung den Zivilschutzetat um 21,3 Mio DM abgesenkt. Diese drastischen Einschnitte sind „weder zu akzeptieren noch zu begründen“ – so Kölns Oberbürgermeister Dr.h.c. Norbert Burger (SPD) in einem Beitrag für die Zeitschrift ‚Notfallvorsorge‘.

Diese Mahnung scheint jedoch bei Otto Schily (SPD), der als Bundesinnenminister den Schutz der Zivilbevölkerung zu garantieren hat, auf taube Ohren gestoßen zu sein.

Wie der Bund seine Verpflichtung zur Sicherung des Zivilschutzes künftig erfüllen will, bleibt nebulös. Wir fragen die Bundesregierung daher, ob sie tatsächlich die vollständige Auflösung des Bundesamtes für Zivilschutz plant, wie dazu der Verteidigungsminister, die Länder und Hilfsorganisationen sowie die NATO stehen und wie künftig der Schutz der Zivilbevölkerung etwa bei Katastrophen organisiert und garantiert werden soll.

Keinen Sinn macht es, die bewährten Zivil- und Katastrophenschutzstrukturen zu zerschlagen, um sie anschließend als x-beliebige Abteilung dem ohnehin schon mit einer beinahe unüberschaubaren Aufgabenfülle belasteten Bundesverwaltungsamt anzugliedern.

---

### Auch hier: Umverteilung von oben nach unten

---

Und wenn die mit dem Zivilschutz verbundenen Aufgaben und Ausgaben lediglich auf Länder, Städte und Gemeinden verlagert werden, tritt für die Steuerzahler noch nicht einmal der versprochene Spareffekt ein. Auch diese ‚Umverteilung von oben nach unten‘ als Markenzeichen sozialdemokratischer Politik macht keinen Sinn.

Aufbau von Informations- und Maklerbörsen aus, damit kapitalsuchende Unternehmen in kurzer Zeit Kontakte zu potentiellen Anlegern herstellen können.

● Deutschland einen turn-around im Denken erfährt. Wir müssen uns abgewöhnen, daß wir Menschen, die mit einer Existenzgründung scheitern, sofort aufs

Schaffott stellen. Sie müssen vielmehr eine zweite Chance bekommen. Es darf nicht so sein, daß auf Dauer der besser fährt, der möglichst nichts tut.

Die CDU will ein innovatives Klima schaffen, das dazu anreizt, mit Ideen und Fleiß, Mut und Zuversicht unternehmerisch tätig zu werden. ■



## Entlassung Prechtels löst bundesweit scharfe Kritik aus

**Die Entlassung des Generalstaatsanwaltes von Mecklenburg-Vorpommern, Alexander Prechtel, hat bundesweit heftige Kritik ausgelöst.**

Der Deutsche Richterbund in Berlin warf der Schweriner SPD/PDS-Regierung vor, kein Gespür für die Bedeutung des Rechtsstaates zu haben. Der Oppositionsführer im Schweriner Landtag, Eckhardt Rehberg, nannte die Entlassung des Christdemokraten Prechtel zehn Monate nach dem Wahl-

sieg von SPD und PDS einen Willkürakt.

Prechtel, vormalis Sprecher des Generalbundesanwaltes, hatte am 3. August von Ministerpräsident und Justizminister Harald Ringstorff (SPD) die Urkunde erhalten, mit der er in den einstweiligen Ruhestand geschickt wurde. Ein Anlaß für die Entlassung wurde nicht genannt. Ringstorff sagte lediglich, das notwendige Vertrauensverhältnis besteht nicht mehr.

### Ringstorff räumt auf nach Gutsherrenart

*Erst befindet der Schweriner Ministerpräsident Harald Ringstorff, daß die Justiz keiner eigenen Repräsentanz bedürfe, und erklärt sie zur Chefsache. Was in aller Regel – überlastet, wie Chefs sind – keineswegs bedeutet, daß man sich ihrer mit besonderer Sorgfalt und Aufmerksamkeit widmet. Und dann räumt er „seinen“ Laden auf nach Gutsherrenart.*

*Kein Zweifel, der darf das. Weil Mecklenburg-Vorpommern zu der Minderheit von Bundesländern gehört, in denen der Generalstaatsanwalt zur Kategorie der politischen Beamten zählt. Und diese Getreuen mag die jeweilige Regierung ohne Grund und Begründung entlassen, was nach Machtwechseln allüberall geschieht. Nur muß nicht immer richtig sein, was rechtens ist. Und im Fall der rüden Entlassung des Alexander Prechtel besteht begründeter Verdacht, daß Ringstorff nicht weiß, was eines Staatsanwaltes Pflicht ist: nach Wahrheit und Recht zu suchen nämlich und nicht nach politischem Begehrt.*

Frankfurter Rundschau

### Grelles Schlaglicht auf Rot-Rot in Schwerin

*Die Art und Weise, wie sich Harald Ringstorff seines höchsten Staatsanwaltes entledigte, wirft ein grelles Schlaglicht auf den Ministerpräsidenten und seine rot-rote Koalition. Diese Regierung ist weder in der Lage, dem Land eine wirtschaftliche Zukunft zu weisen, noch hat sie sonstwie politisches Format. Einen derart profilierten Juristen aus dem Amt zu jagen, zeugt von einer stupenden Überheblichkeit. Daß die PDS Druck ausgeübt hat, darf man gestrotz annehmen. Prechtel hat sie furchtbar gereizt, weil er unerbittlich einen Ladendiebstahl ihres Fraktionsvorsitzenden verfolgen ließ. Das rüde Vorgehen Ringstorffs ist damit nicht zu entschuldigen.*

*Wer die Gewaltenteilung richtig ernst nimmt, stört sich zu Recht daran, daß die Staatsanwaltschaft unter der Kuratel der Politik steht. In Mecklenburg-Vorpommern ist die Sache noch viel praktischer geregelt, weil Ringstorff zugleich Ministerpräsident und Justizminister ist. Kritische Staatsanwälte sind dagegen unpraktisch.*

Süddeutsche Zeitung



# Erstes Bundesland mit Kombilohn

**Als erstes Bundesland will Hessen ab Herbst ein Kombilohnmodell erproben, um so Sozialhilfeempfänger zur Aufnahme einer geregelten Arbeit zu bewegen.**

Wie Sozialministerin Marlies Mosiek-Urbahn Ende Juli in Wiesbaden erklärte, will das Land mit dem sogenannten Einstiegsgeld Menschen helfen, die weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe empfangen.

Zudem sollen die Unternehmen angeregt werden, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Das hessische Modell wird zunächst zwei Jahre lang in fünf Kreisen und kreisfreien Städten getestet.

Nach den Worten der Sozialministerin wird die Höhe des Einstiegsgeldes von den Kommunen als Trägern der Sozialhilfe festgesetzt. „Dieser Kombilohn soll im Vergleich mit der Sozialhilfe zu einem ins-

gesamt höheren Einkommen führen“, sagte Mosiek-Urbahn. Mit dem Einstiegsgeld könne eine stärkere Nachfrage nach Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich ausgelöst werden. Die Ministerin erhofft sich von dem Modell auch die Legalisierung von „Schwarzarbeitsplätzen“. Die Gesamtkosten des Modells sind noch unklar.

Ziel sei die dauerhafte Integration von Sozialhilfeempfängern in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt, sagte die Ministerin: „Einstiegsgeld darf nicht zu einem dauerhaften Kombieinkommen werden.“ Nutznießer des Modells seien nicht nur Arbeitslose, sondern auch Kommunen, denn das Einstiegsgeld führe auch zu Einsparungen bei Sozialhilfe und Wohngeld. Das Modellprojekt soll von einem Fachinstitut konzipiert und zwei Jahre lang begleitet werden. Die Kosten für die Arbeit des Instituts übernimmt das Land Hessen.

## Ladenschluß: Den Sonntag nicht völlig dem Kommerz unterordnen

**Zur Diskussion um das Ladenschlußgesetz erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Hermann Kues:**

Der Sonntag ist ein besonderer Tag in der Woche, der erhalten bleiben muß. Der regelmäßige Rhythmus von Arbeit und Ruhe mit gemeinsamer Zeit für Familie und Freunde ist ein Kulturgut, das wir nicht einfach aufgeben dürfen.

Durch die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten auf den Sonntag verkommt der Sonntag zu einem ganz gewöhnlichen Tag in der Woche. Ein Einheitsgrau ist weder ökonomisch klug noch gesellschaftspolitisch wünschenswert. Langfristig ist das eher

ein Verlust als ein Gewinn für die Gesellschaft.

Die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zwischen Montag und Samstag ist durchaus denkbar. Der Sonntag darf allerdings nicht völlig dem Kommerz untergeordnet werden und sollte von einer flexibleren Regelung ausgenommen werden. Wir sollten uns in Deutschland bewußt einen Tag in der Woche leisten, an dem wir Zurückhaltung im Alltagsgeschäft üben und uns Zeit nehmen für Glauben, Besinnung, Familie und gesellschaftliche Beziehungen.

Letztlich muß sich aber die Gesellschaft überlegen, was ihr die grundgesetzlich garantierte Ruhe wert ist.



# Fit für die Landtagswahl

**Der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein führte in den letzten Monaten erstmals eine dreiteilige Seminarreihe unter dem Titel „Arbeit im CDU-Ortsverband – Workshop für Mandats- und Funktionsträger“ durch.**

Die Seminare fanden jeweils am Wochenende in einem ruhig gelegenen Tagungshotel statt. Es konnten jedesmal ca. 30 Personen teilnehmen. Zum Vergleich: der Landesverband hat 15 Kreisverbände. Die Seminare waren immer ausgebucht, obwohl jeder Teilnehmer einen Seminarbeitrag von 100,00 DM für Unterbringung und Verpflegung leisten mußte. Vor allem Funktionsträger aus den Ortsverbänden nutzten die Gelegenheit, sich Rüstzeug für die bevorstehende Landtagswahl und für eine zukunftsfruchtige Parteiarbeit zu holen. Für viele war es auch eine Gelegenheit, sich einmal über Kreisgrenzen hinweg kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen.

Das Programm der drei Seminare hatte einen klaren Aufbau und deckte die wich-

tigsten Bereiche einer erfolgreichen Parteiarbeit ab.

**Erstes Seminar:** Grundlagen der Arbeit der CDU; u. a. Grundsatzprogramm; Aufbau und Strukturen der CDU; die CDU als Dienstleistungszentrum; Zusammenarbeit zwischen Partei und Fraktion.

**Zweites Seminar:** Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; u. a. parteiinterne und externe Kommunikation; Ortsverbandszeitungen.

**Drittes Seminar:** Wahlkampf; u. a. Zielgruppenarbeit vor Ort; neue Veranstaltungsformen; Mitgliederwerbung; Bürgermeister-Direktwahl.

Führende Parlamentarier, der Generalsekretär der Partei, sowie Kreisgeschäftsführer standen den Teilnehmern Rede und Antwort.

Diese Seminarreihe hat sicherlich dazu beigetragen, die Kampagnenfähigkeit der CDU Schleswig-Holstein zu stärken und die Partei fit zu machen für den bevorstehenden Landtagswahlkampf mit Volker Rühle als Spitzenkandidaten.

## Der positive Trend stabilisiert sich

**„Der positive Trend für Volker Rühle und die CDU stabilisiert sich. CDU und FDP erreichen erstmals 50 Prozent der Wählerstimmen, während das rot-grüne Bündnis weiter an Zustimmung verliert.“**

So kommentierte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Martin Kayenburg, die neueste RSH-Umfrage zur Landtagswahl 2000. Interessant sei an den neu-

en Zahlen vor allem, daß die Grünen erstmals unter die fünf Prozent Hürde rutschten, während die FDP stabil bei drei Prozent bleibe. Abgesehen von der Sonntagsfrage zeige die neue Umfrage, daß mehr als die Hälfte der Bürger mit der Arbeit der Landesregierung nicht zufrieden seien. Damit sei die Simonis-Steenblock-Regierung wieder auf dem Stand an Ablehnung gelandet, den sie auf dem Höhepunkt der Diskussion um die „Pallas“ schon einmal hatte.



# Bestellschein

## FÜR DIE MATERIALIEN ZUR CDU-RENTEN-AKTION

Bertelsmann-Distribution  
Lager Schumacher  
Frau Raabe  
Westkirchener Str. 73

58320 Ennigerloh

Fax: 02524 / 911310

Absender/KV-Nr.:

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

Plz. Ort

Teil Nr.

Versandanschrift (falls nicht identisch):

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße





Plz. Ort

Teil Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.  
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

**Ja,**

ich unterstütze die CDU-Rentenaktion und bestelle hiermit folgende  
Materialien gegen Rechnung:

Bestell-Nr.:	Bestell-Menge	Artikel	Preis
2623		<b>Garantiekarte:</b> <b>Versprochen-Gebrochen</b> Decken Sie Schröders „Garantien“ auf Preis: 30,- DM je 500 Expl.	
2624		Faltblatt: <b>Rentenpolitik ist Vertrauenssache</b>  Preis: 20,- DM je 100 Expl.	
7621		Aktionsplakat, Format DIN A1: <b>Lügen haben kurze Beine</b>  Preis: 30,- DM je 50 Expl.	
7620		Aktionsplakat, Format DIN A0: <b>Lügen haben kurze Beine</b> Preis: 60,- DM je 50 Expl.	

Alle Preis zzgl. MwSt. und Versand

Datum, Unterschrift



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

● **Poster DIN A1:  
„Rücksicht macht Schule“**

Nach den Sommerferien gehen viele Kinder zum ersten Mal den Weg zur Schule. Durch Ihre Körpergröße fehlt ihnen oft der Überblick im Straßenverkehr; zudem sorgt Ihr kindliches Temperament oft für schwer vorhersehbare Bewegungen.

Helfen Sie deshalb durch Ihre Aktion zum Schulanfang mit, die anderen Verkehrsteilnehmer zu warnen und dadurch zu besonderer Vorsicht zu veranlassen. Positionieren Sie jetzt entlang der Schulwege das Poster „Rücksicht macht Schule“ für die Sicherheit unserer Kinder.

Bestell-Nr.: **7432**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 25,- DM



**Bestellschrift**

**per Post:**

IS-Versandzentrum · Postfach 1465 · 59306 Ennigerloh · Fax: 02524/91 13 10

E-Mail: [cdu-shop@bertelsmann.de](mailto:cdu-shop@bertelsmann.de) · Online: [www.cdu.de/infonet](http://www.cdu.de/infonet) Webstore

Hinweis: Für den Zugang ins InfoNet benötigen Sie eine Zugangskennung. Info unter 0228/544-308

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand. Ab einem Warenwert von 50,- DM werden keine Versandkosten berechnet. Eilzustellungen werden gesondert nach Aufwand in Rechnung gestellt.

**UjD**

**24/1999**

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: [ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de](mailto:ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de), **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119, **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** **VVA** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.